

Neuer RP: Lob von Bouffier und Witteck

REGION (tt). Der Wertschätzung seines demnächst Vorgängers kann sich Dr. Christoph Ullrich, der im Oktober neuer Regierungspräsident in Gießen wird, schon einmal sicher sein. „Die Hessische Landesregierung hat nicht nur einen überaus kompetenten Juristen ausgewählt, sondern auch einen Kenner der Region Mittelhessen“, kommentierte der noch amtierende Behördenleiter Dr. Lars



Christoph Ullrich

Witteck die Personalie. Witteck scheidet Anfang Oktober auf eigenen Wunsch aus dem Amt und wird im November zur Volksbank Mittelhessen wechseln. Zu den Aufgaben des neuen RP gehört unter anderem die Organisation der Flüchtlingsverteilung und -betreuung. Der 55-jährige Rechtswissenschaftler ist seit 2014 Präsident des Limburger Landgerichts und seit Jahrzehnten in der hessischen Justiz beheimatet. Zehn Jahre lang arbeitete Ullrich als Richter an den Amtsgerichten Wiesbaden, Hadamar und Weilburg, bevor er 1999 als Referent für das Justizministerium in die Hessische Landesvertretung nach Berlin wechselte. Ab 2002 hatte Ullrich das Amt des Direktors am Amtsgericht Dillenburg inne. Im Juli 2006 ging er nach Marburg, wo er erst als Vizepräsident, ab 2008 als Präsident des Landgerichts tätig war. Der verheiratete Vater zweier erwachsener Töchter bringt zudem umfangreiche Erfahrungen in der Kommunalpolitik mit. „Diese werden ihm in seiner künftigen Position als Vermittler zwischen der Landesregierung und den mittelhessischen Kommunen sicher von Nutzen sein“, sagte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU), der die Ernennung von Christoph Ullrich am Donnerstag bekanntgab.

LAUTERBACH (mgg). Dass in Berlin wohl mehr Lobbyarbeit denn je betrieben wird, ist für den Journalisten Hans-Martin Tillack zunächst nicht das eigentliche Problem. Vielmehr kritisiert er, dass diese Prozesse zu oft hinter verschlossenen Türen stattfänden. Bei einer Lesung im „Alten Esel“ in Lauterbach stellte er sein neues Buch „Die Lobby-Republik. Wer in Deutschland die Strippen zieht“ vor. Es war eine gemeinsame Veranstaltung der Volkshochschule des Vogelsbergkreises und des Rosa-Luxemburg-Clubs.

Schätzungen zufolge gibt es in der Bundeshauptstadt 5000 bis 6000 Lobbyisten, wie Tillack erklärte. Die Zahl habe seit dem Umzug des Bundestages nach Berlin deutlich zugenommen, ebenso die Zahl spezieller Veranstaltungen, zu denen Lobbyisten Politiker einladen. Mit dabei sei schon einmal eine Veranstaltung mit leicht bekleideten Damen gewesen, so der Autor. Die früheren Bundespolitiker Dirk Niebel (FDP) und Ronald Pofalla (CDU) seien heute als Lobbyisten tätig. In den Vereinigten Staaten seien Lobby-Ausgaben für Firmen meldepflichtig, in Frankreich sei das gleiche auf freiwilliger Basis geregelt. In Deutschland gebe es eine freiwillige Liste von Verbänden, die Lobbyarbeit betreiben, aber nur mit Namen und Adressen, nicht mit Geldbeträgen.

In Kanada sei Politikern Lobbyarbeit erst fünf Jahre nach ihrem Ausscheiden aus der Politik erlaubt, in den USA wenigstens zwei Jahre danach. Eine fünfjährige Sperrfrist für das Aufnehmen von Arbeiten, die im Konflikt mit einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst stehen, gibt es laut Autor in Deutschland für Beamte, nicht aber für Kanzler und Minister. Die hätten lediglich eine Sperrfrist von zwölf bis 18 Monaten – und das auch erst seit Kurzem.

Kreistagsabgeordneter Michael Riese, der sich unter den Besuchern befand, erklärte während der Diskussionsrunde, lediglich Geld lasse sich gesetzlich regeln, aber nicht Vorschläge und Ideen. Tillack erklärte hierzu unter anderem, dass Kanzlerin Angela Merkel die Autoindustrie um Vorschläge zur Ordnung der Energieeffizienz-Kennzeichnung gebeten habe. Die eingereichten Vorschläge seien fast genauso Gesetz geworden – und bevorzugten große Autos. Was laut Tillack indessen fast verschwunden ist, sind von Firmen bezahlte Mitarbeiter, die in Ministerien sitzen und an Gesetzentwürfen schreiben. Nachdem die Nachricht von diesen Mitarbeitern für einen Aufschrei gesorgt habe, habe das „weitgehend aufgehört“.

Eine Besucherin fragte danach, wo die Grenze zwischen Interessenvertretung und Korruption sei. Hans-Martin Tillack erklärte: „Lobbyarbeit an sich sollte nicht verboten werden.“ Verbände müssten ihre Interessen vertreten dürfen, und Politiker müssten Informationen bekommen. Solche Prozesse dürften nur eben nicht im Hinterzimmer stattfinden. Selbst einzelne Lobbyisten wünschten sich da mehr Transparenz, um nicht in der Öffentlichkeit ungläubig zu erscheinen, so Tillack.

„Ich bin verblüfft, wie billig sich Politiker prostituieren. Ich selbst würde mich teurer verkaufen“, meinte einer der Besucher im vollbesetzten Raum. Offenbar treffe die Äußerung Horst Seehofers zu, nach der die Gewählten nicht entscheiden und die Entscheider nicht gewählt sind. Der Autor sagte, nicht alle Politiker seien käuflich. Aber vielen gehe es in Bezug auf die Wirtschaft um Prestige und auch um die Frage, wo sie arbeiten könnten, wenn sie einmal aus der Politik ausscheiden

„Nur eben nicht in Hinterzimmern“

VORTRAG Der Journalist Hans-Martin Tillack stellt sein Buch „Die Lobby-Republik“ vor



Über die „Lobby-Republik Deutschland“ sprach der Journalist Hans-Martin Tillack in Lauterbach.

Foto: Günkel

müssten. Dies seien ganz natürliche Gedanken. Tatsächlich, so Tillack an anderer Stelle, seien die wenigsten Abgeordneten bestechlich, aber Einzelfälle könnten ein Problem sein. Einflussnahme sei auch nicht automatisch Bestechung, aber es sei die Frage, was genau bei dieser Einflussnahme passiere.

Ein Besucher betonte, die Bürger müssten die Abgeordneten ihres Wahlkreises und ihre Kandidaten gezielt nach Affinitäten zu Lobbyisten fragen und wie sie es damit hielten. Das sei zwar eine kleine Kontrollmöglichkeit, aber die sei immerhin gegeben. Ein anderer Besucher meinte, ein Politiker müsse eigentlich für Informationen bezahlen, die er brauche – denn dann sei der Informant ihm verpflichtet, und nicht umgekehrt.

Erster Kreisbeigeordneter Peter Zielinski sagte, die von Tillack ange-

führten USA seien als Beispiel problematisch. Der Autor sagte, die Vereinigten Staaten seien kein generelles Beispiel, aber es gebe eben dort Regelungen, die in der Bundesrepublik fehlten. Schwierig sei auch, dass Gesetzentwürfe aus den Ministerien kämen – und dass Abgeordnete mitstimmten, um ihren Listenplatz nicht zu verlieren.

Die Lesung Hans-Martin Tillacks war der Auftakt einer ganzen Reihe von Veranstaltungen zur politischen Bildung, bei denen die Volkshochschule des Vogelsbergkreises unter anderem mit den parteinahen Stiftungen und der Landeszentrale für politische Bildung zusammenarbeitete. Kirsten Wegwerth, die stellvertretende Leiterin der Volkshochschule, sagte dabei zu Beginn des Abends, es gehe auch um die Vielfalt politischer Meinungen und um Diskussionen.